



## FAKTEN

- Die Stromtrasse soll nach derzeitigem Planungsstand im Kreis Cloppenburg durch die Gemeinden Garrel, Cappeln, Lastrup und Essen verlaufen.
- Die Strommasten sollen laut BI südlich von Cloppenburg etwa 50 bis 60 Meter hoch werden, im Bereich Kellerhöhe-Beverbruch 70 bis 80 Meter.
- Die Abstände zu Siedlungen müssen 400 Meter betragen, zu Wohngebäuden im Außenbereich 200 Meter.
- In der Gemeinde Essen befindet sich in der Ortschaft Herbergen eine Engstelle, in der dieser Mindestabstand nicht ganz eingehalten werden kann.
- Die Unterlagen zum Raumordnungsverfahren liegen bis zum 27. November in den jeweiligen Gemeinden zur Ansicht aus. Darüber hinaus können die Antragsunterlagen von der Internetseite des Amtes für regionale Landentwicklung heruntergeladen werden.
- Weitere Informationen finden sich auf der Internetseite [www.clp-unter-spannung.de](http://www.clp-unter-spannung.de)
- Am heutigen Donnerstag stehen im Lastruper Rathaus von 8.30 Uhr bis 18 Uhr Vertreter der Tennet und der Gemeindeverwaltung für Fragen zur Verfügung.
- In Essen haben die Bürger am 22. und 23. November die Möglichkeit, sich bei Tennet zu informieren. Hier ist eine Terminabsprache unter der Telefonnummer 05434/8811 mit dem Bauamt der Gemeinde erforderlich.

# Bürgerinitiative ruft zum Widerstand auf

BI „Landkreis Cloppenburg unter Spannung“ fordert Betroffene auf, Einwände gegen Stromtrasse einzureichen

Die Bürgerinitiative kämpft für eine Gleichstrom-Erdverkabelung. Um die Überland-Stromkabel zu verhindern, müsse sich, so der BI-Vorsitzende Rolf Fahrenholz, „die ganze Region erheben“.

VON MATTHIAS ELLMANN

**Essen.** Über die Möglichkeiten, Einwände gegen die geplanten Überlandleitungen zu formulieren und einzureichen, informierte jetzt die Bürgerinitiative „Landkreis Cloppenburg unter Spannung“ im Essener Hotel zum Rathaus. Über 200 Bürger waren der Einladung gefolgt, um nähere Einzelheiten über die Stromtrasse zu erfahren, die zukünftig die in den Windkraftanlagen an der Nordsee produzierte Energie in den Süden der Republik transportieren soll. Dabei sollen die Hochspannungsleitungen auch durch den Kreis Cloppenburg verlaufen.

Die Bürgerinitiative (BI) kämpft hingegen für eine durchgehende Erdverkabelung. Dieses Ziel, betonte der BI-Vorsitzende Rolf Fahrenholz, sei aber nur zu erreichen, „wenn die ganze Region sich erhebt“ und sich mit zahlreichen Einwänden gegen die Überlandvariante zu Wehr setzt, die derzeit noch gesetzlich favorisiert wird. Auch eine mögliche Änderung des momentan bevorzugten Trassenkorridors sei durchaus möglich. Dieser stelle nur die Vorzugsvariante des Übertragungsnetzbetreibers Tennet dar, der im Auftrag der Bundesregierung



**Großes Interesse:** Rolf Fahrenholz, Vorsitzender der BI „Landkreis Cloppenburg unter Strom“, begrüßte zahlreiche Besucher der Infoveranstaltung zur geplanten Stromtrasse durch das Essener Gemeindegebiet.  
Foto: Matthias Ellmann

die verschiedenen Korridore sondiert habe. Aber, so Fahrenholz: „Am Ende des Raumordnungsverfahrens steht der Raumordnungsbeschluss. Und der kann ganz anders aussehen“.

Daher sei es wichtig, dass alle Betroffenen im laufenden Verfahren ihre Einwände und Bedenken äußern. Die BI habe schon häufiger festgestellt, dass bei den Planungen „nicht die allerneuesten Unterlagen“ verwendet würden und teilweise neu errichtete Wohngebäude gar nicht berücksichtigt worden seien. So könnten durchaus Widerstände auftauchen, die Einfluss auf die Trassenentscheidung

nehmen könnten.

Die Bürgerinitiative helfe den Einwandern bei der Formulierung ihrer Bedenken, und auch in den Rathäusern könne man seine Einwände verschriftlichen lassen. „Jede Eingabe muss vom Amt für regionale Landentwicklung geprüft werden. Nur wer einen Einwand erhebt, kann nachher auch klagen“. Die Frist, um Einwände einzureichen, endet am 11. Dezember. „Wenn ihr einen Einwand gegen den geplanten Trassenbau erhebt, dann sollte er so individuell wie möglich gestaltet werden. Es ist nicht hilfreich, mehrere Einwände mit dem selben Inhalt zu ver-

fassen und einzureichen, diese Sammeleinwände werden nicht anerkannt“, machte Fahrenholz deutlich.

Der BI-Vorsitzende betonte gleichzeitig, die Bürgerinitiative sei kein Gegner der Energiewende. „Die muss sein. Aber sie soll umweltfreundlich sein, und möglichst wenige Bürger sollen betroffen sein“. Daher favorisiere die Initiative die Erdverkabelung, so wie es ein von der Gemeinde Cappeln in Auftrag gegebenes Gutachten darstelle. Demnach sei eine Gleichstrom-Erdverkabelung auch zukunftssicherer. Zudem würde diese Variante mindestens eines

der geplanten Umspannwerke überflüssig machen. Vorgesehen sind diese Umspannwerke mit einem Flächenbedarf von jeweils 25 bis 30 Hektar in Niklausdorf und Nutteln. Man habe sich bereit mit den Bundes- und Landtagsabgeordneten Sylvia Breher und Christoph Eilers in Verbindung gesetzt, ebenso mit Angeordneten aus anderen Landkreisen, erklärte Fahrenholz.

Die Gemeinde Essen arbeite ebenfalls an einer Stellungnahme, betonte Josef Meyer, der allgemeine Vertreter des Essener Bürgermeisters. „Wir sind am Ball“.